

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/008

Chronik vom 26. Dezember 1954 bis zum 10. Oktober 1955

26.12.1954

DDR: Die katholische Kirche lehnt am 26. Dezember 1954 die Jugendweihe entschieden ab.

29.12.1954

CSR: Bei einer Konferenz (29. bis 31.12.1954) in Prag vereinbaren die CSR, Polen und die DDR den gemeinsamen Schutz ihrer Staatsgrenzen.

1954

DDR: Im Jahre 1954 fliehen 184.198 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1954 wird die "GSOW", die für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen zuständig ist, an den Konsum-Spezialhandel und später an den HO-Spezialhandel übertragen, der mit 4 Großhandelsbetrieben (Zentrallagern) und 24 Einzelhandelsunternehmen die Besatzungstruppen mit Waren der SBZ-Produktion beliefert (x009/167).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "GSOW" (x009/-167): >>Abkürzung für "Wirtschaftsverwaltung beim Stab der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland".

Aufgabe: Ausrüstung und Versorgung der Besatzungstruppen aus der laufenden Produktion der Zone. Bis 1954 lieferten jedoch deutsche Betriebe Erzeugnisse im Werte von mehreren Milliarden Mark an GSOW, die nicht für den unmittelbaren Bedarf der militärischen Dienststellen und der Besatzungsangehörigen bestimmt waren, sie wurden über das GSOW-Sammellager in Wildau bei Berlin nach der Sowjetunion verfrachtet oder von der GSOW auf eigene Rechnung nach westeuropäischen Ländern exportiert.

Diese Entnahmen sind als Reparationsleistungen zu betrachten, wurden aber nicht als Reparationen anerkannt. –

GSOW unterhielt in der SBZ zahlreiche Verkaufsstellen, wo die Besatzungsangehörigen Mangelwaren, die der Versorgung der deutschen Bevölkerung entzogen wurden, kaufen konnten. GSOW zog daraus hohe Sondergewinne. ...<<

Im Jahre 1954 führt die Justiz der DDR das Instrukteurwesen ein.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Instrukteurwesen" in der SBZ (x009/190-191): >>Aus der Sowjetunion übernommene Einrichtung im Partei-, Staats- und sonstigen Organisationsapparat, die dazu dient, den zentralen Willen in den

nachgeordneten Dienststellen, Betrieben und Gemeinden zur Geltung zu bringen.

Zu diesem Zweck sind den übergeordneten Leitungen Instrukteure, zum Teil auch feste Instrukteurbrigaden attachiert. Diese sollen im Sinn des operativen Arbeitsstils auf die nachgeordneten Organe durch Anleitung, Bildung von Beispielen und Kontrolle einwirken.

Instrukteurbrigaden werden demzufolge vorwiegend an den Schwerpunkten der Produktion und des politischen Lebens und an solchen Punkten eingesetzt, wo besonders starke Mißstände vorhanden sind. Angestrebt wird ein besserer Kontakt zwischen den oberen Leitungen und unteren Organen, Gemeinden und Betrieben. In letzter Zeit verstärkte sich die Tendenz, sog. gemischte Brigaden einzusetzen, in denen Instrukteure und sonstige Funktionäre von Partei, Staat und Massenorganisationen gemeinsam tätig sind.

In der Justiz der SBZ wurde das Instrukteurwesen im Jahre 1954 allgemein eingeführt, nachdem Justizminister Hilde Benjamin zur Beobachtung und Kontrolle der wegen Beteiligung am Juni-Aufstand eingeleiteten Strafverfahren einen "Operativstab" mit verschiedenen Instrukteuren eingesetzt hatte.

Im Justizministerium und in den Justizverwaltungsstellen der Bezirke sind Instrukteure tätig, die regelmäßig alle Gerichte aufsuchen und "richtungsweisende Anleitungen" erteilen. "Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert." (§ 13 GVG). Somit stellt sich das Instrukteurwesen als Ausfluß des sowjetischen Prinzips der "Kontrolle und Anleitung" dar. ...<<

Im Jahre 1954 fordert das Statut der SED in § 2 g jedes Mitglied auf, "seine Arbeit ... in den Massenorganisationen entsprechend den Beschlüssen der Partei ... durchzuführen" (x009/280).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Massenorganisationen" in der SBZ (x009/280): >>Nach § 75 und § 76 sind die Parteigruppen in den Massenorganisationen "verpflichtet, sich ... streng und konsequent von den Beschlüssen der führenden Parteiorgane leiten zu lassen".

In die Volksvertretungen entsenden die Massenorganisationen, die dem "Demokratischen Block" angehören, neben den Parteien eigene Abgeordnete.

Die meisten Massenorganisationen unterhalten illegale Tarnorganisationen in der Bundesrepublik. Die wichtigsten Massenorganisationen sind FDGB, FDJ, ... Konsumgenossenschaften, ... Gesellschaften für Sport und Technik.<<

BRD: Im Jahre 1954 wird die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben.

Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wird schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

In der Einleitung der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1" heißt es (x001/I-XI): >>**VORWORT**

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Ereignis, dessen volle geschichtliche Tragweite sich heute noch einem Urteil entzieht.

Mag man es als Schlußakt eines Krieges betrachten, in dem die geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Nationen- und Staatenverkehrs tausendfach verletzt und die Vernichtung ganzer Völker nicht nur als Ziel verkündet sondern in der Tat begonnen worden war; oder mag man es als die Endphase eines fast anderthalb Jahrhunderte tobenden immer erbitterten Nationalitätenkampfes in der Völkermischzone Europas ansehen; in jedem Falle lassen uns die geläufigen Maßstäbe der europäischen Geschichte im Stich.

Es belastet die Erinnerung von Millionen, die das Schicksal der Heimatlosigkeit zu tragen

haben, und ist darin noch ganz Gegenwart, daß es soziale, bevölkerungsmäßige, politische Bewegungen ausgelöst hat, die noch längst nicht ausgelaufen sind.

Ein solches Phänomen scheint für eine wissenschaftliche Behandlung, die sich nur von unbestechlicher Wahrheitsliebe und nicht von dem Willen zur Anklage oder zur Rechtfertigung leiten läßt, noch kaum zugänglich.

Wenn dieser Versuch hier doch schon unternommen wird - und zwar mit vollem Ernst und im ganzen Wissen um die Schwierigkeit der Aufgabe -, so geschieht dies in der Sorge, Geschehnisse von der furchtbaren Größe der Massenausreibung könnten in Vergessenheit fallen, die abschreckenden und aufrüttelnden Erfahrungen aus dieser europäischen Katastrophe könnten für die Staatsmänner und Politiker, denen ein glücklicheres Europa zu schaffen aufgetragen ist, verloren gehen.

Kaum ein Aktenstück gibt der Nachwelt von den ungeheuerlichen Vorgängen im Osten Europas am Ende des zweiten Weltkriegs authentische Kunde; die Opfer dieser Katastrophe haben keine amtlichen Berichte verfaßt und keinen Dienstweg einhalten können.

Sie würden für die Nachwelt stumm, wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten würde, ihre Erlebnisse aus dem Gedächtnis niederzuschreiben oder sie zu Protokoll zu geben. Aus diesen Überlegungen erwuchs der vom Bundesministerium für Vertriebene geförderte Plan, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung durch eine Dokumentation auszufüllen, in der das Schicksal von Tausenden und Millionen seinen Ausdruck finden soll.

Zu diesem Zweck wurde eine Sammelaktion eingeleitet, die für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, für das Sudetenland von Dr. Wilhelm Turnwald, für Südosteuropa von Professor Dr. Fritz Valjavec durchgeführt wurde.

Die Ziele dieser Sammlung konnten nur dadurch erreicht werden, daß Zeugnisse von Miterlebenden nach einem System gesammelt wurden, das nach gebiets- und bevölkerungsmäßiger Dichte wie nach Ereignisschwerpunkten ein für den Gesamtvorgang der Vertreibung in allen Räumen des Ostens repräsentatives Ergebnis erwarten ließ.

Entscheidend war dabei, ob es gelingen konnte, alle die Menschen zum Sprechen zu bringen, die nicht nur die Erinnerung an ihre Erlebnisse bewahrt hatten, sondern auch das richtige Wort fanden, sie wiederzugeben. Nur selten konnte auf Niederschriften (Briefe, Tagebücher) zurückgegriffen werden, deren Abfassungsdatum mit den Ereignissen selbst zusammenfiel; in den meisten Fällen lagen diese Jahre zurück. Jedoch zeigte sich das Erstaunliche, daß, wo nur immer die Ausdrucksfähigkeit stärker entwickelt war, auch nach diesem längeren Zeitraum noch die Kraft zur Aussage und zur wahrheitsgetreuen Wiedergabe erhalten blieb.

Mögen sich Einzelzüge im Erinnerungsbild verwischt haben, das Wesentliche ging nicht verloren; dazu hatten sich die Erlebnisse in ihrer Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit zu stark eingepreßt. Und eben diese Erfahrung rechtfertigte nach den ersten Versuchen ein Unternehmen, das auf die Sammlung nachträglich verfaßter Erinnerungsberichte gerichtet war.

Es erwies sich dabei, daß an dieses Material eine Reihe methodischer Vorfragen zu stellen war, daß es kritischer Sichtung und einer Einordnung in objektiv gesicherte Zusammenhänge bedurfte. Damit mußte unzweifelhaft wissenschaftliches Neuland betreten werden. So entstand im Bundesministerium für Vertriebene durch die Initiative von Bundesminister Dr. H. Lukaschek und Staatssekretär Dr. O. Schreiber der Gedanke, mit den damit gesetzten Aufgaben eine wissenschaftliche Kommission zu betrauen, der volle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteils und der Entscheidung gewährleistet wurde.

Sie wurde im Herbst 1951 aus den Unterzeichneten gebildet, wobei der Erstunterzeichnete, beraten durch die anderen Mitglieder, die Leitung der Arbeiten übernahm. In regelmäßigen Sitzungen sind die Methoden der Arbeit geklärt und alle aus dem eingehenden Material sich ergebenden Fragen besprochen worden.

Da das überwiegend aus Erlebnisberichten und zu einem geringen Teil aus Protokollen, priva-

ten Briefen, Tagbüchern und einigen amtlichen Schriftstücken bestehende Material seinem historischen Quellencharakter nach teilweise erheblich von sonst üblichen historischen Quellen abweicht und bezüglich seiner Zuverlässigkeit zunächst als problematisch gelten mußte, war ein besonders sorgfältiges, dem eigenartigen Charakter der Quellen angemessenes Verfahren der Überprüfung und Auswahl notwendig, um zur Ermittlung eines sowohl quellenkritisch unanfechtbaren als auch inhaltlich und formal zur Veröffentlichung geeigneten und brauchbaren Bestandes von Dokumenten zu gelangen.

Hierbei ergab sich z.B., daß mit dem Nachweis der Echtheit der Dokumente (Authentifizierung) noch wenig gewonnen war; denn eher als bewußte Fälschungen waren fehlerhafte oder übertreibende Einzelangaben und Unsachlichkeiten zu befürchten, die teils aus Schwächen oder Trugbildern der Erinnerung, teils aus der Leidenschaftlichkeit und Gefühlsbestimmtheit herrühren mochten, von der sich nicht alle Berichterstatter freimachen konnten.

Um alle Erscheinungen einer solchen anfechtbaren Berichterstattung auszuschließen, wurden - soweit dies irgend möglich war - zu den wichtigsten in den Berichten enthaltenen Angaben jeweils Bestätigungen in anderen Berichten nachgesucht und auf diese Weise die Richtigkeit der Angaben durch gegenseitigen Vergleich der Dokumente geprüft.

Dort, wo es sich um die Wiedergabe ganz persönlicher und individueller Erlebnisse oder um sonstige Ereignisse handelte, die sich einer Nachprüfung durch Vergleich mit anderen Dokumenten entzogen, mußte an die Stelle objektiver Verifizierung die Ermittlung der Glaubwürdigkeit treten, die aus bestimmten inneren Indizien ersichtlich ist, wie Sachlichkeit der Ausführungen, innere Widerspruchsfreiheit, Abgewogenheit der Urteile oder andererseits Neigung zur Polemik, zur Übertreibung und Verallgemeinerung oder zur Ausschmückung.

Im Interesse absoluter Sauberkeit bei der Auswahl der zur Veröffentlichung bestimmten Berichte wurden dort, wo nach den Richtlinien des Prüfungsverfahrens nicht in allen Punkten Zuverlässigkeit herrschte, nicht nur die anfechtbaren Stellen sondern prinzipiell jeweils die gesamten Berichte ausgeschieden, da sie auf Grund einzelner Mängel auch in ihren anderen Teilen nicht mehr als voll glaubwürdig gelten konnten.

Nachdem durch die Authentifizierung und Verifizierung alles hinsichtlich der Echtheit und Glaubwürdigkeit anfechtbare Material ausgeschieden war, mußte zur Feststellung der positiven Qualifikation der Dokumente ihre inhaltliche Brauchbarkeit, d.h. ihr Aussagewert und die Wichtigkeit der einzelnen Schilderungen und Angaben für eine historische Erfassung des Vertreibungsvorganges überprüft werden.

Es kam hierbei nicht darauf an, Berichte mit besonderen literarischen Qualitäten herauszufinden, ausschlaggebend war vielmehr die Unmittelbarkeit und Anschaulichkeit der Darstellung. Auch unbeholfene Schilderungen sind deshalb nicht ausgeschieden worden, sofern die Konkretisierung einzelner Begebenheiten und die Deutlichkeit im Ausdruck nicht in Mitleidenschaft gezogen waren.

Da es nicht in der Absicht der Wissenschaftlichen Kommission liegt, einzelne aus dem Zusammenhang herausgeloste Fakten darzustellen oder gar eine Sammlung von Belegen über Ausschreitungen und Greuel zu veröffentlichen, sondern es ihr darum geht, den Gesamtvorgang der Vertreibung in historischer Treue zu erfassen, d.h. in allen seinen zeitlichen Abschnitten, örtlichen Bedingtheiten und der Vielzahl der dabei auftretenden Erscheinungen und Begleitumstände, mußten zunächst alle Berichte als ungeeignet abgewiesen werden, die sich entweder in summarischen Feststellungen erschöpften, durch allzu emotionale Betrachtungen die Wiedergabe der Geschehnisse trübten oder sich auf die isolierte Betrachtung besonders schwerer Übergriffe und Schicksalsschläge beschränkten.

Nur solche Berichte kamen für eine Publizierung in Frage, bei denen konkrete, sich auf Zeit- und Ortsangaben stützende Schilderungen der Erlebnisse vorlagen, die sich möglichst kontinuierlich auf die gesamte Zeit und die wesentlichsten Ereignisse der Vertreibung erstreckten

und somit eine wirkliche Wiedergabe des Vertreibungsprozesses darstellten.

Liegt schon ganz allgemein bei der Publikation von historischen Quellenzeugnissen zur modernen Geschichte das eigentliche Problem in ihrer erdrückenden Masse, so wurde dies in besonderer Weise bei dem hier zur Bearbeitung vorliegenden, mehrere Tausende von Berichten zählenden Material spürbar, das durch die Massen der Vertriebenen selbst geliefert worden war und einen Vorgang betrifft, bei dem selbst Massen mit jeweils individuellem Schicksal beteiligt gewesen waren.

So wenig sinnvoll eine Veröffentlichung des gesamten auch nach der Ausscheidung seiner anfechtbaren und unbrauchbaren Bestandteile noch viel zu umfangreichen Materials war, so mußte doch versucht werden, die Vielzahl individueller, örtlicher und zeitlicher Verschiedenheiten, die dieses Massenschicksal kennzeichneten, zum Ausdruck zu bringen.

Zu diesem Zweck ist aus der Fülle der Dokumente eine Auswahl getroffen worden, die als repräsentativ für alle Landschaften, Bevölkerungsgruppen, Vorgänge und Schicksale gelten konnte. Diese Auswahl war nicht in jedem Falle einfach, wenn sie auch dadurch erleichtert wurde, daß die vorhergegangene Sammlung ihre Ergebnisse nicht dem Zufall verdankte sondern systematisch angelegt war. So galt es, immer jeweils das beste Zeugnis, die beste Aussage zu finden und dennoch Sorge zu tragen, daß nicht etwa durch den Grundsatz der qualitätsmäßigen Auslese der Grundsatz der möglichst vollständigen Bezeugung aller Vorgänge in den Hintergrund gedrängt wurde.

Das bedeutet, daß manchmal Berichte herangezogen werden mußten, die in ihrem Wert hinter anderen wesentlich zurückstehen, wenn sie nur die einzige Quelle für ein bestimmtes Ereignis darstellten. Es ist zu hoffen, daß in einer späteren Auflage solche Stücke durch bessere ersetzt, anderswo Lücken ergänzt werden können.

Neben den Richtlinien für die Auswahl der Dokumente mußte auch die bei jeder Dokumentenpublikation so wichtige Frage der Anordnung und Verarbeitung sehr sorgsam erwogen werden. Es kam darauf an, ohne gegen das Prinzip der Integrität der Dokumente zu verstoßen, die Berichte systematisch so anzuordnen, daß die Hauptphasen des Vertreibungsprozesses in der Abfolge der Berichte als geschlossene Abschnitte hervortreten und innerhalb dieser Abschnitte wiederum diejenigen Berichte in besonderen Gruppen zusammenstehen, die von Ereignissen handeln, welche sachlich, örtlich und ihrer zeitlichen Kontinuität nach zusammengehören und sich gegenseitig bestätigen oder ergänzen.

Eine solche dem Gesamtvorgang der Vertreibung in seinem Verlauf und in seiner gebietsmäßigen Verschiedenheit wiederpiegelnde Anordnung war unerläßlich, sollte die Vielzahl der teilweise sehr umfangreichen Berichte sich nicht in ein unüberschaubares Nebeneinander verlieren und zu ermüdender Wiederholung führen.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat sich die Wissenschaftliche Kommission dazu entschlossen, auch der Kürzung oder Teilung von Berichten zuzustimmen, wenn dies die einzige Möglichkeit war, sachlich Zusammengehöriges in übersichtlicher Weise anzuordnen.

Überall dort, wo aus Gründen der Anordnung Auslassungen von größeren Partien oder eine Zerschneidung von Dokumenten vorgenommen wurde, ist dies jedoch mit Hilfe besonderer, durch Kursivdruck hervorgehobener Überleitungstexte kenntlich gemacht worden, die jeweils eine kurze inhaltliche Charakterisierung der ausgelassenen Stellen enthalten oder durch Anmerkungen auf den Ort innerhalb der Dokumentation verweisen, wo sich der abgetrennte Teil eines Berichts vorfindet. Nur völlig unerhebliche Auslassungen weniger Worte sind lediglich durch Punkte markiert worden.

Der ursprüngliche Charakter und die Einheit der Erlebnisberichte wurden somit trotz gelegentlicher Kürzungen und Zerlegungen keineswegs entstellt, zumal jede Sorgfalt angewandt wurde, um Auslassungen des Originaltextes auf ein Mindestmaß herabzudrücken. So sind mitunter auch einzelne sehr subjektive Äußerungen nicht angetastet worden, selbst da, wo es

sich um leidenschaftliche und einseitige Urteile handelt, wenn nur durch sie der objektive historische Gehalt der betreffenden Dokumente nicht in Frage gestellt wurde.

Auch Stileigentümlichkeiten sind nirgends verbessert worden, und selbst bei der im allgemeinen durchgeführten Korrektur orthographischer Fehler wurde dort haltgemacht, wo diese in ihrer unverfälschten Unmittelbarkeit selbst Aussagegewert gewinnen. Absichtlich ist beim Abdruck der Dokumente mit äußerster wissenschaftlicher Akribie verfahren worden.

Obwohl es sich bei den vorliegenden Quellen nicht um aktenmäßige, urkundliche Zeugnisse handelt, sondern um "Gedächtnisprotokolle", denen man den Gelegenheitscharakter ihrer Entstehung zuweilen anmerkt, wurden sie doch in der Art ihrer Behandlung abgeschlossen, aus dem historischen Vorgang selbst erwachsenen Dokumenten gleichgestellt.

So wurde an den Kopf jedes Dokumentes eine in Petitdruck gehaltene Erläuterung gestellt, aus der Art und Umfang des Originaldokumentes, das Datum der Abfassung sowie Name, Beruf und ehemaliger Wohnort des Verfassers in den Vertreibungsgebieten ersichtlich sind. Ein Teil der Verfassernamen mußte jedoch im Hinblick auf besondere persönliche Umstände mancher Berichterstatter verschwiegen werden. Es muß aber ausdrücklich festgestellt werden, daß sämtliche Verfasser der veröffentlichten Dokumente persönlich beglaubigt und ihre vollen Namen bekannt sind.

Der Plan der mit der Publikation betrauten Wissenschaftlichen Kommission sieht eine Reihe von Veröffentlichungen vor, wobei die beiden vorliegenden ersten Bände der Vertreibung des Deutschtums östlich der Oder-Neiße-Linie gelten.

Weitere Bände, die zur Zeit vorbereitet werden, sollen die Austreibung der Sudetendeutschen und des Deutschtums in Südosteuropa behandeln. Größere Quellenzeugnisse, die aus dem Rahmen der Hauptbände durch ihren Umfang herausfallen, sollen in Sonderpublikationen erscheinen.

Als Abschluß ist ein auswertender Ergebnisband vorgesehen, der das Ereignis der Austreibung der ostdeutschen Bevölkerung nach seiner geschichtlichen, völkerrechtlichen und soziologischen Bedeutung untersucht und in den Zusammenhang der europäischen und welthistorischen Entwicklung stellt. Hierbei sollen auch die gesamten Probleme erörtert werden, die durch das Zusammenwohnen der Völker in Ostmitteleuropa in der Vergangenheit aufgeworfen worden sind, und ihre Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft bedacht werden.

Die Herausgeber fühlen sich in ihrem Gewissen nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Wenn sie darüber hinaus auf einen politischen Grundsatz verpflichtet sind, so ist es der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochene Verzicht auf Rache und Vergeltung.

Sie wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht einem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen. Dazu sind sie sich viel zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte bewußt.

Sie hoffen vielmehr, daß durch, ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war.

Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.

VORBEMERKUNG

zu Band I

Das Ziel des hier vorgelegten ersten Teiles des Gesamtwerkes über die Vertreibung ist es, die

Massenaustreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in allen ihren Phasen anhand von Aussagen und Berichten der Betroffenen selbst darzustellen.

Die Dokumente und Zeugnisse folgen in ihrer Anordnung dem großen Gang der Ereignisse, sie sollen daher auch nicht einzeln sondern im Zusammenhang gelesen werden.

Wenn damit die Quellenveröffentlichung schon ein gutes Stück Verarbeitung enthält, so lag es nahe, noch einen Schritt weiter zu gehen und den in großer Fülle dargebotenen Stoff, den die Dokumente enthalten, auch zu einer erzählenden Darstellung zu verwerten.

Ein solcher Versuch wird hier gewagt. Durch ihn soll eine Art Wegweiser zu den Dokumenten geschaffen werden; dies soll vor allem dadurch geschehen, daß die zahlreichen in den Berichten behandelten und dort meist in aller Breite und Ausführlichkeit geschilderten Vorkommnisse unter Verzicht auf alles Unwesentliche aus der Enge der jeweiligen persönlichen und lokalen Horizonte der Berichterstatter herausgelöst und zu einem allgemeinen Bild verdichtet werden.

Durch eine große Zahl von Hinweisen (Anmerkungen) ist dabei Sorge getragen worden, daß die enge Beziehung zwischen allgemeiner Darstellung und dokumentarischen Belegen aufrechterhalten bleibt. Diese Anmerkungen stellen zugleich eine erste Aufschlüsselung der in den Berichten enthaltenen großen Menge von Einzelangaben nach ihrer sachlichen Zusammengehörigkeit dar. –

Die einleitende Darstellung soll aber auch insofern ein Wegweiser zur rechten Beurteilung der einzelnen Dokumente sein, als sie vorweg einen Überblick über das Ganze des Vertreibungsprozesses gibt und damit von vornherein aufzeigt, in welchem Zusammenhang die einzelnen Abschnitte und Ereignisse des Vertreibungsvorganges miteinander stehen und worin ihre spezielle Bedeutung für das Gesamtgeschehen der Vertreibung liegt.

Als wichtigstes Ergebnis dieses Versuchs, die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung darzustellen und historisch zu erfassen, muß die Erkenntnis gelten, daß die Vertreibung nicht bloß ein "Bevölkerungstransfer" war und nicht einfach identisch ist mit der Ausweisung, sondern daß sie ein vielgestaltiges Schicksal und ein mehrjähriger Prozeß gewesen ist, zu dem die Flucht vor der Roten Armee und die Ereignisse, Maßnahmen und Zustände der russisch-polnischen Herrschaft in Ostdeutschland nach 1945 ebenso gehören wie die Ausweisungsbefehle und -transporte, durch die der Gesamtvorgang der Vertreibung seinen Abschluß fand.

Mit dem Nachweis dieser Zusammenhänge erfüllt die einleitende Darstellung einen wichtigen Zweck und befriedigt vor allem das Verlangen, die Einzelvorgänge rasch zu überschauen und sie in das Gesamtgeschehen der Vertreibung einzuordnen. Dennoch ist die Einleitung weit davon entfernt, die Lektüre der Berichte überflüssig zu machen oder auch nur deren ganze inhaltliche Fülle ausschöpfen zu können. Die Originalität und größere Ausführlichkeit, aber auch die Unmittelbarkeit, in der das Schicksal der Vertreibung in den veröffentlichten Dokumenten Ausdruck findet, sichert ihnen unbedenklich den Vorrang.

Dies ist um so mehr der Fall, als die darstellende Einleitung nur eine erste noch keineswegs abschließende Konzeption des Vertreibungsverlaufs geben kann, da viele mit der Vertreibung zusammenhängende Ereignisse noch unzureichend geklärt und manche von ihnen vielleicht erst nach langen Forschungsarbeiten, wenn überhaupt, erfaßt werden können.

Da die einleitende Darstellung auf die primäre Aufgabe beschränkt bleibt, ein Führer durch die Dokumente zu sein, können in ihr die allgemeinen weltgeschichtlichen Hintergründe der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung nur insofern erwähnt werden, als dies für das Verständnis des Ereignisablaufs erforderlich ist.

Unberücksichtigt bleiben muß ferner die allgemein-geschichtliche Einordnung des Phänomens der Vertreibung. Weder ihre viele Jahrhunderte zurückreichenden Voraussetzungen noch ihre ideologische und diplomatische Vorgeschichte können hier schon gebührend gewürdigt werden, da es sich bei dem vorliegenden Werk zunächst nur um einen auf die Oder-Neiße-

Gebiete begrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtereignis der Vertreibung handelt, das auch anderwärts in Ostmitteleuropa, im Gebiet der Tschechoslowakei, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens stattfand.

Die Sammlung der Dokumente über die Gebiete östlich der Oder und Neiße stand unter der Leitung von Hans von Spaeth-Meyken, der einen größeren Mitarbeiterkreis dazu heranzog und durch die bereitwillige Mitwirkung zahlreicher Vertriebener aller Landsmannschaften unterstützt wurde.

Die wissenschaftlichen Richtlinien hat die Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation der Vertreibung unter dem Vorsitz von Professor Dr. Theodor Schieder - Köln, bestehend aus Oberarchivrat am Bundesarchiv Dr. Adolf Diestelkamp - Koblenz, Universitätsprofessor Dr. Rudolf Laun - Hamburg, Universitätsprofessor Dr. Peter Rassow - Köln, Universitätsprofessor Dr. Hans Rothfels - Tübingen, ausgearbeitet.

Sie bildete einen wissenschaftlichen Arbeitskreis, dem Dr. Hans Booms, Dr. Martin Broszat, Dr. Gerhard Papke und cand. phil. Heinrich Smikalla angehörten.

Die vorliegenden Bände sind unter der Leitung von Professor Dr. Theodor Schieder aus der Gemeinschaftsarbeit dieses Kreises hervorgegangen, an der alle Mitarbeiter beteiligt waren. Dr. H. Booms hat im besonderen die Fertigstellung des Dokumententeils, Dr. M. Broszat die Arbeiten für die Einleitung betreut.

Die Wissenschaftliche Kommission schuldet für freundliche Beratung und Unterstützung dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden, Amt für Landeskunde in Remagen, dem J. G. Herder-Institut in Marburg, der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung in Göttingen und dem Institut für Zeitgeschichte in München ihren aufrichtigen Dank.<<

USA: Das Oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika entscheidet im Jahre 1954, im öffentlichen Schulwesen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichheit auch in der Praxis durchzusetzen (x243/101): >>Heutzutage muß man folglich bezweifeln, daß ein Kind Aussicht auf Erfolg im Leben hat, wenn ihm die Gelegenheit zu einer Schulbildung verweigert wird.

Wo der Staat es unternommen hat, eine solche Gelegenheit zu schaffen, ist sie ein Recht, das allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden muß. ...

Wir kommen zu dem Schluß, daß der Grundsatz "getrennt, aber gleich" ("separate, but equal") auf dem Gebiet des öffentlichen Schulwesens nicht gelten kann. Getrennte Bildungseinrichtungen sind ihrer Natur nach ungleich.

Deshalb erklären wir, daß den Klägern ... durch die angegebenen Fälle von Rassentrennung (Segregation) die Gleichheit vor dem Gesetz vorenthalten ist, die durch den 14. Verfassungszusatz gewährleistet wird. ...<<

Algerien: Im Jahre 1954 beginnt der algerische Unabhängigkeitskampf gegen die französische Besatzungsmacht.

1955

Es kommt nicht darauf an, mit dem Kopf durch die Wand zu gehen, sondern mit den Augen die Tür zu finden.
--

<i>Werner von Siemens (1816-1892, deutscher Elektrotechniker und Industrieller)</i>

01.01.1955

CSR: Das tschechoslowakische statistische Amt teilt am 1. Januar 1955 offiziell mit, daß sich noch 165.790 Deutsche in der CSR aufhalten (x004/132).

07.01.1955

DDR: Der evangelische Bischof Dibelius erklärt am 7. Januar 1955 nochmals, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind.

25.01.1955

UdSSR: Die Sowjetunion beendet am 25. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland, ohne ihre bestehenden Rechte und Pflichten als Siegermacht aufzuheben.

Polen, die Tschechoslowakei und andere kommunistische Satelliten-Staaten folgen später diesem Beispiel (x009/50).

30.01.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 30. Januar 1955 (x095/190): >>... Ich habe keine Zweifel, daß in den Abstimmungen hinsichtlich der Frage der Souveränität, des Eintritts in die Westeuropäische Union und des Beitritts zur NATO gute Mehrheiten erzielt werden.

Die Dinge liegen etwas anders beim Saarabkommen. Hier bestehen noch manche Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich dagegen, aber auch innerhalb der Koalition gibt es noch starke Gruppen, die dem Saarstatut ablehnend gegenüberstehen.

Ich hoffe, daß es in der Zwischenzeit gelingt, noch manche Abgeordnete der Koalition von der Notwendigkeit dieses Abkommens zu überzeugen, glaube aber, daß es nur mit geringer Mehrheit den Bundestag und Bundesrat passieren wird. ...<<

01.02.1955

DDR: Im katholischen Amtsblatt vom 1. Februar 1955 protestiert man gegen die "Jugendweihe" (x009/215): >>Hier gibt es nur ein Entweder-Oder.

Katholischer Glauben und Jugendweihe stehen sich unversöhnlich gegenüber. ...<<

Die Deutsche Grenzpolizei übernimmt ab 1. Februar 1955 die Bewachung der DDR-Staatsgrenzen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/164): >>Seit 1.2.1955 erhielt die Deutsche Grenzpolizei, da die sowjetische Besatzungsmacht darauf verzichtete, "die alleinige Bewachung und Kontrolle an den Staatsgrenzen der DDR" und am Ring um Berlin. ...

Die Einheiten der Deutschen Grenzpolizei verfügen über "Aufklärungstruppen", d.h. Agenten für politische Überwachungs- und Geheimaufgaben (Aufklärung). Als halbaktive Auffüllungsmannschaften für Ernstfälle und z.T. als Spitzel sind mit der Deutschen Grenzpolizei etwa 8.000 Grenzpolizeihelfer verbunden. Ausbildung und Dienst der Deutschen Grenzpolizei sind überwiegend nicht polizeilich, sondern militärisch. Seit jeher war sie eine Truppe, die im Grenzbereich militärische Aufgaben zu erfüllen hat, zugleich aber neben und mit der Armee einsetzbar ist.

Uniform: seit Oktober 1952 olivbraun nach dem sowjetischen Muster, mit grünen Kragenspiegeln. Sie hat nicht Polizei- sondern Militärdienstgrade. Stärke: rd. 48.000 Mann; ohne 8.000 Grenzpolizeihelfer. ...<<

03.02.1955

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung beendet am 3. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

09.02.1955

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 9. Februar 1955 an Nahum Goldmann (x095/192-193): >>... Mir sind die Klagen bekannt, zu denen besonders auch im Ausland der schleppende Gang der individuellen Wiedergutmachung Anlaß gegeben hat. ...

Auf dem Gebiet der Rückerstattung müssen die gegen das frühere Deutsche Reich gerichteten Geldansprüche, worauf Sie mit Recht hinweisen, noch geklärt werden. ...

Auf dem Gebiete der Entschädigung sind bis zum 30. September 1954 auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes insgesamt 888.192.148 DM gezahlt worden. Dazu kommen noch die Leistungen auf Grund verschiedener Einzelregelungen wie z.B. Bundesgesetz über die Wiedergutmachung für die Beamten des öffentlichen Dienstes ...<<

14.02.1955

Schweiz: Eine DDR-Delegation nimmt am 14. Februar 1955 in Genf an einer Außenhandeltagung der UN teil.

In den folgenden Monaten gelingt es der DDR, mit westlichen Ländern Außenhandelsabkommen zu schließen.

18.02.1955

Polen: Die polnische Regierung beendet am 18. Februar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland.

27.02.1955

BRD: Der Deutsche Bundestag verabschiedet am 27. Februar 1955 die Gesetze über das "Saarstatut" und die "Pariser Verträge".

28.02.1955

BRD: Das Präsidium des Bundes der vertriebenen Deutschen kritisiert am 28. Februar 1955 die Annahme des Saarstatuts (x155/49): >>Die Bundesrepublik als Teil Deutschlands ist nicht berechtigt, Verträge über einen anderen Teil Deutschlands abzuschließen.

Das Abkommen verstößt gegen das deutsche Staatsrecht und ist daher aus doppeltem Grunde nichtig. ...<<

17.03.1955

Polen: Ministerpräsident Bierut erläutert am 17. März 1955 vor dem Sejm das polnisch-deutsche Verhältnis (x064/23): >>Wir haben den Kriegszustand mit Deutschland beendet. ... Wir sind bereit, auch unsere Beziehungen zu Westdeutschland zu normalisieren. ...

Um alle Zweifel in diesem Punkt auszuschließen, haben die verantwortlichen Staatsmänner unseres Lagers mit aller Deutlichkeit betont, daß wir auf die Tatsache der Remilitarisierung Westdeutschlands (Aufstellung der deutschen Bundeswehr) mit Schritten antworten werden, die unsere Länder gegen alle Versuche eines Attentats auf unsere Sicherheit oder Grenzen sichern.

Zu unserem Lager, dem Lager des Sozialismus und des Friedens, gehört die Deutsche Demokratische Republik. Unsere Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik sind auf Zusammenarbeit und Freundschaft, auf die Unantastbarkeit unserer Grenzen an Oder und Neiße aufgebaut, und sie zeigen, daß wir gutnachbarliche, freundschaftliche und friedliche Beziehungen mit dem uns benachbarten deutschen Volk errichten konnten. ...

Die polnische Regierung wird ihre Bemühungen zu einer friedlichen Regelung des deutschen Problems fortsetzen.<<

31.03.1955

UdSSR: Die Sowjets beschließen am 31. März 1955 die Rückgabe von Gemälden der Dresdner Galerie.

01.04.1955

DDR: Die SED gründet am 1. April 1955 das "Kuratorium für den Aufbau nationaler Gedenkstätten".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nationalen Gedenkstätten" in der SBZ (x009/302-303): >>Unter dem Namen "Nationale Gedenkstätten" errichteten die SED und das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer Aufmarschstätten bei einstigen Konzentrationslagern der NS-Ära, wobei sie die Tatsache unterschlugen, daß die Sowjetunion nach dem Zusammenbruch ebenfalls, z.T. in den selben Lagern viele Zehntausende politischer Häftlinge verhungern ließ. ...

Ravensbrück wurde September 1958, Sachsenhausen April 1961 als Nationale Gedenkstätte proklamiert. - Im April 1961 eröffnete die SED in Gotha eine "Nationale Gedenkstätte der Geschichte der Arbeiterbewegung".<<

Berlin: Karl Wilhelm Fricke wird am 1. April 1955 durch den Staatssicherheitsdienst (SSD)

aus West-Berlin entführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Menschenraub" durch den Staatssicherheitsdienst (x009/284): >>Der Staatssicherheitsdienst (SSD) hat mit Hilfe gedungener krimineller Elemente wiederholt das Verbrechen des Menschenraubes begehen lassen, um SBZ-Flüchtlinge oder Personen, die in der Bundesrepublik oder in Berlin West aktiv gegen das Unrechtsregime in der Zone tätig waren, in die Hände zu bekommen.

Die dabei angewendeten Methoden reichen bis zur Giftbeibringung und zum brutalen Überfall auf der Straße. Einige Opfer dieser Menschenraub-Aktionen des SSD sind inzwischen nach langjähriger Haft in den Westen zurückgekehrt (Alfred Weiland, Karl Wilhelm Fricke) und haben im einzelnen über die Taktik des SSD bei der Vorbereitung und Durchführung des Menschenraubes berichtet. Öffentliche Gerichtsverhandlungen fanden nicht statt.

Die West-Berliner Polizei hat seit Herbst 1949 allein 196 Fälle von Menschenraub im Auftrag des SSD registriert. Besonders schwere Fälle waren die Verschleppung des Journalisten Alfred Weiland (1950 in West-Berlin: Überfall auf der Straße), des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Walter Linse (1952 in West-Berlin; Überfall auf dem Wege ins Büro), des Vorsitzenden der russischen Emigranten-Organisation NTS, Dr. Truchnowitsch (1954 in West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung), des aus der SBZ geflüchteten ehemaligen SSD-Kommissars Silvester Murau (1955 mit Hilfe der Tochter aus der Bundesrepublik verschleppt), des ebenfalls aus der SBZ geflüchteten ehemaligen Inspektors der Volkspolizei Robert Bialek (1956 aus West-Berlin: Giftbeibringung in einer fremden Wohnung) und des Leiters der Abteilung Wirtschaftsrecht im Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Dr. Erwin Neumann (1958 beim Segeln auf dem Wannsee in West-Berlin).

Einige der im Auftrage des SSD tätig gewordenen Verbrecher wurden gefaßt und vom West-Berliner Landgericht verurteilt: Knobloch (Fall Dr. Linse) zu 10 Jahren Zuchthaus, ... Tietze und Horeis (Fall Murau) zu 10 und 12 Jahren Zuchthaus.<<

16.04.1955

DDR: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mitteldeutschen Spezialisten": >>**Atom-Spezialisten kehren heim**

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000) mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

18.04.1955

Polen: Der polnische Staatsrat erläßt am 18. April 1955 ein Gesetz über die Eigentumsverleihung sowie über die Regelung anderer mit der Bodenreform und mit der landwirtschaftlichen Ansiedlung verbundener Fragen (x003/501-505):

>>Abschnitt 1.

Die Verleihung des Eigentums an Pächter.

Art. 1 Staatliche Liegenschaften, die von Landwirten auf Grund eines Pachtvertrages seit mindestens drei Jahren vor Inkrafttreten dieses Dekrets genutzt werden, werden diesen Landwirten oder ihren Rechtsnachfolgern auf Antrag übereignet, sofern sie diese Liegenschaften bewirtschaften. ...

Art. 4. 1. Über die Verleihung des Eigentums einer Liegenschaft sowie über den Erwerbspreis befindet das Präsidium des Kreis-Nationalrates.

2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Staat.

Abschnitt 2.

Die Verleihung des Eigentums an andere Besitzer von Liegenschaften.

... Art. 6 1. Personen, welche staatliche Liegenschaften innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete bewirtschaften, gelten als Eigentümer dieser Liegenschaften, wenn sie die polnische Staatsbürgerschaft erworben haben und Familienmitglieder des vorherigen Eigentümers sind, welcher das Eigentum der Liegenschaft wegen Nichterlangung der polnischen Staatsbürgerschaft verloren hat. ...

Abschnitt 3.

Die Befreiung der Repatrianten von der Bezahlung.

Art. 12. 1. Repatrianten, die nach internationalen Verträgen als Ersatz für ihre im Ausland zurückgelassenen Liegenschaften im Inland Liegenschaften erhalten sollen, sind von der Bezahlung des Erwerbspreises, ohne Verrechnung oder Abschätzung, für die ihnen verliehenen staatlichen Liegenschaften befreit. ...

Abschnitt 4.

Die Regelung des Eigentums von verlassenen Wirtschaften.

Art. 15. 1. Landwirtschaften (Arbeiter-, Handwerkerparzellen usw.), die auf Grund der Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform oder über die Agrarverfassung und Ansiedlung erworben wurden, jedoch vom Eigentümer vor dem Inkrafttreten dieses Dekrets verlassen wurden, gehen kraft Gesetzes ohne Entschädigung und frei von Lasten, mit Ausnahme von Grunddienstbarkeiten, in das Eigentum des Staates über. ...

Abschnitt 5.

Gemeinsame Bestimmungen.

... Art. 18 1. Bei der Verleihung des Eigentums an einer Liegenschaft auf Grund dieses Dekrets sowie nach den Vorschriften über die Durchführung der Bodenreform darf die Fläche einer Landwirtschaft 15 ha und die Fläche einer Zuchtwirtschaft in Gebirgsgegenden 20 ha nicht überschreiten. ...

Art. 21 Der Erwerb des Eigentums von Liegenschaften nach den Vorschriften dieses Dekrets unterliegt nicht der Vermögenserwerbsteuer. ...<<

01.05.1955

DDR: Die Kampfgruppen der SED und Gesellschaft für Sport und Technik (GST) stehen am 1. Mai 1955 erstmalig im Vordergrund der Mai-Veranstaltungen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kampfgruppen" der SBZ (x009/208-209): >> Militärische Verbände der SED in Betrieben, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Behörden, Schulen und Anstalten aller Art, 1952 zunächst in Großbetrieben der Volkseigenen Industrie in Anfangs- und Vorformen errichtet. (Der damals übliche Name Betriebskampfgruppen ist veraltet).

Unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes betrieb die SED die Aufstellung bewaffneter Kampfverbände, Angehörige der KVP, der GST (Gesellschaft für Sport und Technik), vor allem der Deutschen Volkspolizei waren als Ausbilder tätig. ...

... Die Kampfgruppen sollen, so heißt es, zu kampfkraftigen Einheiten - zu Arbeiterbataillonen - entwickelt werden. Sie sollen in die Lage versetzt werden, als wirksames Instrument der Heimatverteidigung sowohl die Betriebe zu schützen als auch, wenn es die Situation erfordert, gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei ... innerhalb ihres Heimatgebietes zu kämpfen und die innere Sicherheit der Republik zu garantieren (damit verlangte die SED sinngemäß den Einsatz der Kampfgruppen an der Seite der Armee, die 1955 noch als Kasernierte Volkspolizei getarnt war).

Den Kampfgruppen werden die Altersgruppen von 25 bis 60 Jahren vorbehalten, während die GST die jüngeren Jahrgänge ausbildet.<<

03.05.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >> **Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

05.05.1955

BRD: Die Pariser Verträge treten am 5. Mai 1955 in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhält endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte.

Das Besatzungsstatut entfällt (Ausnahmen: Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage).

Bundeskanzler Adenauer erklärt nach dem Inkrafttreten der "Pariser Verträge" (x073/242):

>>Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden ...

Freiheit verpflichtet.

Es gibt für uns im Innern nur einen Weg: den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker.

Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.<<

07.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland tritt am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.

09.05.1955

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland wird am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO).

14.05.1955

Polen: Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn), zu denen als 8. Staat die DDR gehört, schließen am 14. Mai 1955 in Warschau einen Beistands- und Rüstungspakt (Warschauer Beistandspakt bzw. Militärbündnis) gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellen sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

15.05.1955

DDR: Das ZK der SED gibt am 15. Mai 1955 die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte (Nationale Volksarmee) bekannt.

Österreich: Die 4 Siegermächte schließen am 15. Mai 1955 einen Friedensvertrag mit Österreich.

Die österreichische Regierung (Bundeskanzler Raab) muß sich zu "immerwährender Neutralität" verpflichten und darf außerdem keine wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland anstreben (x128/211).

18.05.1955

DDR: Die SED läßt am 18. Mai 1955 ein "Amt für Jugendfragen" einrichten.

28.05.1955

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 1955 über Indien (x191/-205): >>... "Dieses Indien ist ja in seiner tiefsten Seele dieser Erde hier immer ein wenig ferne; wenn das Leben nur ein Durchgangsweg zu immer neuem Höheren und immer Vergeistigterem ist", dem können Kraftwagen und Rundfunk und neue Möbel und "Lebensstandard" nicht so viel bedeuten wie uns.<<

18.06.1955

DDR: Der FDGB beschließt am 18. Juni 1955 auf dem 4. Bundeskongreß eine neue Satzung. In der Präambel dieser neuen Satzung heißt es (x009/123): >>Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die Klassenorganisation der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse, die in

festem Bündnis mit den werktätigen Bauern steht, und bekennt sich zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Partei der deutschen Arbeiterklasse. ...<<

25.06.1955

USA: Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978, stellvertretender Staatssekretär im US-State Departement) erklärt am 25. Juni 1955 während einer Rede vor Studenten der Indiana University (x028/236): >>Von Anfang an standen unsere Absichten mit Deutschland und die sowjetischen Wünsche einander entgegen.

Ein Jahr nach der Einführung der Viermächteverwaltung für Deutschland war es ganz offensichtlich, daß die Westmächte ein selbständiges Deutschland anstrebten, während die Sowjetunion daran interessiert war, deutsche Industrie, Landwirtschaft und deutsche Arbeitskräfte für die UdSSR auszubeuten. ...<<

Juni/Juli 1955

DDR: Das SED-Regime begnadigt Mitte 1955 erstmalig "politische Verbrecher" (x009/398): >>Mitte 1955 setzte Wilhelm Pieck erstmalig einen Teil der unmenschlich hohen Strafen herab. Diese Strafherabsetzungen hatten keine Haftentlassungen zur Folge. Auch nach dem "Gnadenerlaß" blieben in der Regel noch Reststrafen von 2 bis 5 Jahren Zuchthaus zu verbüßen. ...<<

03.08.1955

DDR: Das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt die deutsche Volkspolizei am 3. August 1955, "Vertrauensleute" anzuwerben.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Spitzelwesen" in der SBZ (x009/410-411): >>Die Sicherheit und die Existenz des Regimes in der SBZ stützen sich in weitem Umfang auf das Spitzelwesen, das zu einem ausgedehnten System entwickelt worden ist.

Die geheime Tätigkeit der Spitzel soll eine Psychose der Allgegenwart des SSD erzeugen, durch die die Aktivität des möglichen oder wirklichen Gegners auf ein Minimum beschränkt werden soll. Das Spitzelsystem des SED-Regimes erstreckt sich nicht nur auf Feinde des Systems, sondern auch auf die SED und den Regierungsapparat. Ideologische Begründung für das Spitzelwesen: "Proletarische Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse."

Das neue FDJ-Statut z.B. verpflichtet jedes FDJ-Mitglied zur Unterstützung der Staatssicherheitsorgane.

Die von Spitzeln gesammelten oder von Denunzianten freiwillig gemachten Informationen landen bei den "Organen der Staatssicherheit". Diese nennen ihre Spitzel "Geheime Informanten" (GI).

Oft haben die GI einen fest umrissenen Spitzelbereich, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben, z.B. in einem VEB, im Sekretariat einer Partei usw., d.h. in einer Umgebung, deren Überwachung dem SSD notwendig erscheint und in der der GI einen natürlichen Platz hat (Ingenieur, Werkmeister, Stenotypistin usw.), der ihm einen größtmöglichen Einblick in die Verhältnisse gestattet. Sie können auch zur Personenüberwachung und zur Tätigkeit jenseits der Grenzen der SBZ eingesetzt werden.

Über ihre Beobachtungen haben sie ihre Auftraggeber regelmäßig Berichte zu erstatten, die sie mit ihrem Decknamen unterzeichnen müssen. Nach den Arbeitsrichtlinien des SSD sollen nach Möglichkeit nur solche Personen als GI verwendet werden, denen die Bevölkerung wegen ihrer dienstlichen oder parteipolitischen Tätigkeit nicht mit besonderer Zurückhaltung begegnet.

Spitzel werden entweder durch Überzeugung oder unter Druck angeworben und verpflichtet. Befindet sich in dem vom SSD zu überwachenden Gebiet kein "freiwilliger Mitarbeiter", dann werden Druckmittel gegenüber einem in Aussicht genommenen "Kandidaten" angewendet, indem z.B. Kenntnis von "kriminellen Verfehlungen" oder "negativen politischen Äußerun-

gen" behauptet wird. Zusätzlich wird mit Angeboten sozialer und wirtschaftlicher Vergünstigungen (Prämie!) gearbeitet.

Im August 1955 wurden auch die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) beauftragt, ein eigenes - zusätzliches - "System von Vertrauenspersonen" aufzubauen.

"Vertrauenspersonen sind Bürger, die das besondere Vertrauen des ABV verdienen und ihm vertrauliche Mitteilungen geben, die für die Volkspolizei von Interesse sind. Durch die Heranziehung von Vertrauenspersonen soll es dem ABV ermöglicht werden, noch besser als bisher mit der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, um jederzeit allseitige Informationen über Gegner unserer demokratischen Ordnung und andere verbrecherische Elemente zu erhalten und die Stimmung in seinem Abschnitt kennenzulernen" (Instruktion Nr. 1 zum Befehl Nr. 45 des Chefs der deutschen Volkspolizei vom 3.8.1955).

Dieser Spitzelapparat des ABV setzt sich ausschließlich aus Freiwilligen zusammen.

Mit dem wenig später ergangenen Befehl Nr. 49 des Chefs der deutschen Volkspolizei erhielt auch die Kriminalpolizei den Auftrag zum Aufbau eines eigenen Spitzelapparates. Dieser stützt sich vornehmlich auf Rechtsbrecher, denen Straferlaß für den Fall in Aussicht gestellt wird, daß sie die ihnen erteilten Aufträge in vollem Umfang erfüllen.

Die GI der Kriminalpolizei stehen also ständig unter dem Druck, daß, wenn ihre Arbeit als ungenügend angesehen wird, eine gegen sie erkannte Strafe vollstreckt oder ein zunächst eingestelltes Verfahren wiederaufgenommen wird.

Die Zusammenarbeit zwischen der Kriminalpolizei und dem SSD wird in der Bezirksverwaltung durch einen Verbindungsoffizier hergestellt, der dafür sorgt, daß die für den SSD wesentlichen Erkenntnisse diesem mitgeteilt werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die revolutionäre "Wachsamkeit" in der SBZ (x009/472): >>Die bolschewistische Forderung an alle Menschen in einem kommunistischen Staat, zur Entlarvung und Bestrafung von "Agenten", "Saboteuren" und allen Feinden des Systems durch Mitteilung über ihre Tätigkeiten und ihre Auffassungen an die staatlichen Sicherheitsorgane beizutragen, wird im Parteijargon als revolutionäre Wachsamkeit bezeichnet.

Mitglieder kommunistischer Parteien in allen Ländern haben überdies revolutionäre Wachsamkeit zu entfalten, um das Eindringen "partei-feindlicher Elemente" und antibolschewistischer Auffassungen in die Partei zu verhindern. ...<<

18.08.1955

DDR: Der Ministerrat ordnet am 18. August 1955 die Bildung von handwerklichen Produktionsgenossenschaften an.

01.09.1955

DDR: Anstatt der bisherigen 8klassigen Grundschule wird am 1. September 1955 die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule zur Pflichtschule.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Erziehungswesen" in der SBZ (x009/117-118): >>... Das in der Stalin-Ära aufgebaute öffentliche Erziehungswesen, dessen Kern die damals geschaffene kommunistische Lernschule war, ist seit 1955 weitgehend reorganisiert worden. ...

An die Stelle der 8klassigen Grundschule tritt die 10klassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Pflichtschule. Sie hat zusammen mit den sonstigen Formen des Schul- und Hochschulwesens die Aufgabe, Erziehung und Bildung aufs engste mit dem Leben, vor allem mit der gesellschaftlichen Produktion zu verbinden. ...

... Die Schule hat zusammen mit anderen Institutionen des Erziehungswesens die Aufgabe, "Kinder und Jugendliche auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft" vorzubereiten.

Der Realisierung der politischen und pädagogischen Zielsetzung dient ein Erziehungswesen, das dem Modell der kommunistischen Ordnung angepaßt ist.

1. Das Erziehungswesen ist total politisiert. Das Prinzip der Einheit von Erziehung und Politik zwingt alle Institutionen und Pädagogen zu strenger "Parteilichkeit".
2. Die Arbeit der Schulen und Jugendverbände wird durch ein System von Plänen dirigiert und damit dem planrationalen Charakter der kommunistischen Ordnung angepaßt. Lernen ist Training in der Sollerfüllung.
3. Erziehung und Unterricht zielen auf die Erzeugung von Handlungsbereitschaften, die den Anforderungen einer industriellen Gesellschaft und der kommunistischen Herrschaftsordnung entsprechen.
4. Der Lehrstoff der Schulen, Hochschulen u.a. entspricht der marxistisch-leninistischen Einheitswissenschaft.
5. Das Erziehungswesen richtet sich nicht auf den Einzelnen als Einzelnen, sondern als Mitglied einer Gruppe.
6. Das kommunistische Erziehungswesen arbeitet trotzdem mit der Methode des Wettbewerbs. Gute Leistungen werden mit erhöhtem Prestige (z.B. Diplome, Medaillen) und materiellen Vorteilen (Stipendien, Karriere) belohnt.
7. Die Erfüllung der behördlichen Anordnungen wird durch ein doppeltes Kontrollsystem gesichert. Neben staatlichen Kontrollinstanzen stehen SED-Organisationen in Schulen, Hochschulen, Instituten und Behörden. Sie werden auf dem Sektor des Erziehungswesens von der Lehrerschaft und der FDJ unterstützt.
8. Das öffentliche Erziehungswesen, kontrolliert von der SED, entscheidet immer mehr über die zukünftige Position und die Möglichkeiten der Teilnahme am Konsum. Wohl soll die Schulleistung bei der Auslese immer stärker bewertet werden, aber nur im Zusammenhang mit der geforderten politischen Loyalität und der Herkunft (bevorzugte Behandlung von Arbeiter- und Bauernkindern). ...

Der Intensivierung der Erziehung dient auch die für die nahe Zukunft projektierte Entwicklung von Ganztagschulen durch Ausbau der Schulhorte. ...

Es ist nicht zu bestreiten, daß die SBZ relativ hohe Mittel für die öffentliche Erziehung aufwendet. Das ist die Konsequenz der "gesellschaftlichen Umwälzung"; sie nötigt die kommunistische Führung, die Erziehung als ein Mittel zur Erhaltung und Befestigung der totalitären Machtordnung und der Entwicklung der planrationalen Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen und die Traditionen des Erziehungswesens zu liquidieren bzw. zu manipulieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Lehrerbildung" in der SBZ (x009/258): >>Nach Artikel 36 der Verfassung soll die Lehrerbildung an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen erfolgen.

1946 wurden an allen Universitäten und an der TH Dresden pädagogische Fakultäten zur Ausbildung der Lehrer für die allgemein- und berufsbildenden Schulen errichtet.

Die meisten neuen Lehrer sind seit 1945 jedoch in Kursen von höchstens 1jähriger Dauer, die zunächst als Notmaßnahme gedacht waren, ausgebildet worden. 1948/49 gab es 49.944 Lehrer mit Kurzausbildung neben 22.562 Altlehrern. Durch die "Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten" vom 15.5.1953 wurde die Lehrerbildung auf eine neue Basis gestellt.

Die SBZ unterscheidet nach sowjetischem Vorbild 3 Kategorien von Lehrern für die allgemeinbildenden Schulen: Lehrer für die Unterstufe, für die Oberstufe der 10klassigen Oberschule und für die erweiterte Oberschule. Für jede Kategorie gibt es besondere Lehrerbildungseinrichtungen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Jugend" in der SBZ (x009/199): >>Die Bolschewisten legen, wie alle politischen Herrschaftssysteme, die darauf bedacht sind, die bestehende Gesellschaft durchgreifend neu zu ordnen, besonderes

Gewicht darauf, die Jugend, die nicht durch Bildungserlebnisse und Welterfahrungen vorgeformt ist, für sich zu gewinnen. ...

Von den 3 wesentlichsten Einfluß- und Bildungsquellen, die zur Profilierung der jungen Generation beitragen: Elternhaus, Schule und Jugendorganisation sind die beiden letzteren völlig in der Hand der politischen Führung, die Schule allerdings weit mehr durch die Gestaltung der Lehrpläne und die Aktivität der bolschewistischen Jugendorganisation (Junge Pioniere) als durch die zu einem erheblichen Teil dem Regime immer noch reserviert gegenüberstehende Lehrerschaft.

Es kann als typisch gelten, daß Schüler und Lehrer in den "gesellschaftswissenschaftlichen" Unterrichtsfächern einander bewußt "parteiliche" Überzeugtheit vorheucheln.

Die Jugendlichen lernen mithin schon in der Schulzeit, taktisch erwünscht statt spontan und ehrlich zu reagieren, sich anzupassen und aus Opportunitätsgründen Ansichten zu vertreten, die nicht die ihren sind.

Das hat mit echter Bewußtseinsbildung nur bedingt etwas zu tun. ...

Mit mancherlei Methoden sucht man auf die Jugend schon im Vorschul- und Schulalter einzuwirken, so sollen die Kinder möglichst schon vor der Schulzeit in politisch beeinflussten Kindergärten, sodann - neben der Schule einher - in Horten und durch die Organisationen der FDJ, die auch die Feriengestaltung übernimmt und kollektiviert (Ferienaktion), dem Elternhaus entfremdet werden (Familienpolitik); doch ist diese generelle Erfassung nur bedingt erfolgreich. Zwar hat die FDJ etwa 90 % der unter 14jährigen erfaßt, aber diese nur dadurch, daß Sport, Spiel und Basteleien und nicht politische Indoktrination im Vordergrund stehen.

...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Polytechnische Bildung und Erziehung" in der SBZ (x009/332): >>Die heute praktizierte polytechnische Bildung und Erziehung richtet sich an Ausführungen von Marx und Engels. ...

In der Stalin-Ära sind die entsprechenden Bestrebungen praktisch aufgegeben worden, wurden aber seit 1953 erneut aufgenommen. Die Reformversuche führten in der Sowjetunion (1958) zu einer Reorganisation des gesamten Schulwesens unter dem Aspekt der Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft.

Die SBZ hat sich dieser Zielsetzung angepaßt, wenn sie auch die Verbindung des Unterrichts mit der produktiven Arbeit weniger intensiv gestaltet hat als die Sowjetunion. Wenn auch diese Verbindung alle Arten der Bildung und Erziehung zu durchdringen hat, wirkt sie sich doch am stärksten in der polytechnischen Bildung und Erziehung aus. ...

Nach dem neuen Schulgesetz ist die polytechnische Bildung und Erziehung "Grundzug" und "Bestandteil" des Unterrichts und der Erziehung in allen Schuljahren. Die polytechnische Bildung und Erziehung zielt auf eine Umgestaltung des Gehaltes der Allgemeinbildung und auf eine noch vorberufliche Grundausbildung in Hinsicht auf die Arbeit in der Produktion.

Die Funktion der polytechnischen Bildung und Erziehung ist es, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch einen frühzeitigen Umgang der Jugend mit der Technik besser zu fundieren und die frühzeitige Verinnerlichung der Forderungen an die berufliche Arbeit in einem kommunistischen Staat zu bewirken. Gleichzeitig ist die polytechnische Bildung und Erziehung auch ein Mittel einer permanenten Auslese, zumal sie die Jugendlichen besonderen Belastungsproben unterwirft.

Der polytechnische Unterricht setzt mit der in den Klassen 1 bis 6 im "Werken" vermittelten technischen Elementarbildung ein. Ab Klasse 7 folgen der Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion sowie die Fächer "Einführung in die sozialistische Produktion der Industrie und der Landwirtschaft", ab Klasse 9 Technisches Zeichnen.

... Die erweiterten Oberschulen haben seit 1960 generell die Aufgabe, eine auf einen Beruf oder einen Komplex benachbarter Berufe ausgerichtete Grundausbildung durchzuführen. Sie

bildet praktisch schon einen Teil einer Berufsausbildung, zumal sie bei einem späteren Lehrverhältnis, beispielsweise während des "Praktischen Jahres", angerechnet werden kann.<<

10.09.1955

Berlin: Die Vertreter aller deutschen Landsmannschaften veröffentlichen am 10. September 1955 die "Berliner EntschlieÙung" (x155/50): >>... 2. Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß allen Völkern Europas werden.

3. Das durch das internationale Recht und die Atlantik-Charta verbürgte Selbstbestimmungsrecht, das Recht jeden Volkes, seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit sich selbst zu geben, gilt für alle Völker, auch für das deutsche Volk.

4. Millionen Menschen ist unter Bruch menschlichen Rechtes und aller göttlichen und sittlichen Gesetze die Heimat geraubt worden. Das Recht auf Heimat muß als ein Menschenrecht von allen Völkern anerkannt und verwirklicht werden.

5. Jedem Volk gebührt das Recht, in voller Freiheit seine eigenen Werte zu bewahren, zu entwickeln und dadurch seinen Beitrag zur Kultur der Menschheit zu leisten. ...<<

14.09.1955

UdSSR: Eine deutsche Regierungsdelegation unter Leitung des Bundeskanzlers reist vom 8. bis 14. September 1955 nach Moskau, um diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Während dieser Verhandlungen kündigt die sowjetische Regierung die Heimkehr von fast 10.000 deutschen Kriegsgefangenen an (x155/51).

Beim Abschluß der Moskauer Verhandlungen behauptet die Bundesrepublik Deutschland ihren Rechtsstandpunkt, daß die endgültige Regelung der deutsch-polnischen Grenze einem Friedensvertrag vorbehalten bleibt, der mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen werden muß (x125/9).

Bundeskanzler Adenauer übergibt während der Moskauer Verhandlungen ein Zusatzschreiben, das von der sowjetischen Regierung inhaltlich abgelehnt wird (x155/51): >>1. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen territorialen Besitzstandes dar. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Regierung der Sowjetunion bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die gegenwärtig außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen". ...<<

15.09.1955

DDR: Das SED-Regime erläßt am 15. September 1955 eine Verordnung zum Schutz der Jugend, um die "Schund- und Schmutzliteratur" zu bekämpfen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Schund- und Schmutzliteratur" (x009/386): >>Die Lenkung der gesamten literarischen Produktion gibt dem SBZ-Regime die Handhaben, das Erscheinen von Schmutzliteratur im engeren Sinne zu verhindern; zur Schund- und Schmutzliteratur werden aber nicht nur minderwertige Kriminal- und Sexualschmöker, sondern auch Schriften gerechnet, die "den moralischen und politischen Anschauungen der Werktätigen widersprechen"; Erwachsene, die in diesem überaus dehnbaren Sinne die "sozialistische Bewußtseinsbildung" der Jugend gefährden, sollen zur Verantwortung gezogen werden (VO zum Schutze der Jugend vom 15.9.1955).

Im Sinne dieser Verordnung können sogar westdeutsche Tageszeitungen als Schund- und Schmutzliteratur behandelt werden, während Hetzliteratur kommunistischer Tendenz natürlich nicht als solches gilt, sondern sogar von einigen Ministerien in eigenen Verlagen herausgebracht und verbreitet wird.<<

UdSSR: Die sowjetische Agentur TASS berichtet am 15. September 1955 (x300/195): >>Die Sowjetregierung betrachtet die Deutsche Bundesrepublik als einen Teil Deutschlands. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik.

Im Zusammenhang mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik hält es die Regierung der UdSSR für erforderlich zu erklären, daß die Frage der Grenzen Deutschlands durch das Potsdamer Abkommen gelöst worden ist und daß die Deutsche Bundesrepublik ihre Jurisdiktion (Rechtsprechung) auf dem Gebiet ausübt, das unter ihrer Hoheit steht. ...<<

20.09.1955

DDR: Das Amt des Hohen Kommissars entfällt am 20. September 1955 und die Kontrollratsbeschlüsse für das Gebiet der SBZ werden außer Kraft gesetzt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/67): >>... Am 20.9.1955 hob die Sowjetunion (unmittelbar nach Abschluß des Moskauer Vertrages mit der DDR) das "Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland" auf und übertrug dem Botschafter der UdSSR in der DDR die Aufgabe der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen zu den Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Deutschen Bundesrepublik in Fragen, die sich aus den Beschlüssen der 4 Mächte über Gesamtdeutschland ergeben; die entsprechenden Aufgaben im militärischen Bereich erhielt der Oberkommandierende der Sowjetstreitkräfte in Deutschland. – Zugleich setzte die Sowjetunion alle Kontrollratsgesetze u.ä. für die DDR außer Kraft, doch dies "berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland, die sich aus entsprechenden Beschlüssen der 4 Mächte ergeben".

Obwohl dem Buchstaben nach die DDR unabhängig ist, hängt ihr Bestand, auch gegenüber der Bevölkerung Mitteldeutschlands, weitgehend von der Sowjetunion und von der Anwesenheit der sowjetischen Truppen ab.<<

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. September 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>20. September 1955. Friedland besteht heute 10 Jahre.

10 Jahre lang wurde hier die Leidensgeschichte nicht nur unseres Volkes aufgezeichnet. Es finden keine "Feierlichkeiten" statt. Worüber sollte man sich auch freuen. Es gibt wirklich keinen Anlaß.

Dank müßte jedoch denen gesagt werden, die für Friedland so unendlich viel getan haben. Aber diese Frauen und Männer mögen keinen Dank, Für sie ist es (die) schönste Freude, hier helfen zu dürfen. Bis auch der Letzte daheim ist.

Denn viele fehlen noch. Aber es besteht die Hoffnung, daß bald wieder die Glocke läuten wird ... 1.837.349 Menschen gingen bisher durch das Lager. ...

Viele vermißte Deutsche ... werden nie wieder zurückkommen. Sie sind von Granaten zerrissen, von Panzern zermahlen, von Bomben zerschmettert, im Elend verkommen. Sie werden die Glocke in Friedland niemals hören. ...<<

UdSSR: Der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR bestätigt am 20. September 1955 die "Souveränität" der DDR und nennt sie "frei in der Entscheidung über Fragen ihrer Innenpolitik und Außenpolitik". Die Besetzung der SBZ wird als "zeitweilig ... mit Zustimmung der Regierung der DDR" bezeichnet (x009/50).

Algerien: Der Erzbischof von Alger, Léon-Etienne Duval, protestiert am 20. September 1955 in einem Brief an die französischen Behörden gegen die brutalen Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzungstruppen (x075/198): >>... Verabscheuungswürdige Behandlung von Verdächtigen; Hinrichtungen von Gefangenen ohne vorheriges Gerichtsverfahren; Anwendung der Folter bei Verhören; kollektive Unterdrückungsmaßnahmen.<<

22.09.1955

BRD: Die Bundesregierung bestätigt am 22. September 1955 die politischen Grundsätze der

"Hallstein-Doktrin".

Diplomatische Beziehungen zur DDR werden danach als unfreundlicher Akt gegen die Bundesrepublik Deutschland eingestuft (x243/191).

26.09.1955

DDR: Die Volkskammer beschließt am 26. September 1955 eine Verfassungsergänzung. Diese Ergänzung erhebt den Verteidigungsdienst zur "nationalen Ehrenpflicht der Bürger der DDR". Die Wehrpflicht wird jedoch zunächst nicht allgemein durchgesetzt (x009/290).

September 1955

BRD: Ein vertriebener Schlesier schreibt im September 1955 kurz vor seinem Selbstmord (x024/251): >>... Seit unserem Zusammenbruch bin ich ein wackliger Mann an Leib und Seele geworden. Leider gibt es keine Rettung mehr für mich, obgleich ich es in meinem Innern immer erhofft hatte: ein Zurück nach meiner lieben Heimat. ...<<

05.10.1955

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 41/1955 berichtet am 5. Oktober 1955 über ein Treffen der "Bilderberger": >>**GEHEIM-KONFERENZ/BONN: Die tödlichen Aspekte** Bayerns Ministerpräsident Dr. Hoegner war etwas verstimmt. Da war in den letzten Septembertagen eine Reihe von Prominenten aus der politischen Welt der westlichen Hemisphäre nach Garmisch-Partenkirchen gekommen, um im Luxushotel "Alpenhof" des alten Bobweltmeisters Hanns Kilian eine geheime Konferenz abzuhalten. Keiner der Gäste - das war konzediert - brauchte ein polizeiliches Meldeformular auszufüllen. Aber die Herren hatten es nicht einmal für nötig gehalten, die bayrische Staatsregierung oder wenigstens deren Protokollabteilung zu verständigen, welche Art von Konferenz sie abzuhalten gedachten.

So ging, was im "Alpenhof" am 22. September als Viertage-Konferenz gestartet worden war, als vielumräselte Geheimkonferenz von Garmisch durch die Presse. Von den Freimaurern bis zu den Illuminaten blieb kein Vergleich zu historischen Geheimbünden unbeachtet. In Wirklichkeit wußte man nur, daß Prinz Bernhard der Niederlande zu diesem Treffen eingeladen hatte, daß Politiker und Wirtschaftler aus vierzehn Nationen zum Meinungs-austausch zusammengekommen und daß die 140 Betten des "Alpenhofs" vier Tage lang ausschließlich für diesen Zweck vermietet worden waren.

Das Hotelpersonal hatte Sonderausweise erhalten. Die Gemeindeverwaltung war ersucht worden, sich nicht um die Tagung und ihre prominenten Teilnehmer zu kümmern, und mit den zivilen Hotelgästen hatte auch die Spielbank, die im "Alpenhof" untergebracht ist, für diese vier Tage umziehen müssen.

Was dann anreiste, trug dazu bei, den sagenumwobenen Charakter der Veranstaltung zu festigen. Es kamen unter anderem:

- General Gruenther, Oberkommandierender der Nato-Streitkräfte;
- Lord Ismay, Nato-Generalsekretär;
- Unterstaatssekretär Murphy vom amerikanischen Außenministerium;
- Botschafter außer Diensten Kennan, Privatdozent an der Princeton-Universität;
- Paul Hoffman, Vorsitzender der Studebaker-Packard-Corporation;
- Jean Monnet, Schöpfer der Montan-Union;
- Amintore Fanfani von der italienischen "Democrazia Christiana";
- Guy Mollet, Generalsekretär der französischen Sozialisten;
- Walter Hallstein, Staatssekretär des Bonner Außenamtes;
- Kurt-Georg Kiesinger, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten;
- Carlo Schmid, Stellvertreter Kiesingers im Außen-Ausschuß;
- Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie;
- Wilhelm Alexander Menne, Präsident des Chemie-Verbandes;

- amerikanische und westeuropäische Atomwissenschaftler.

Es war die erste Sitzung des Bilderberg-Kreises auf deutschem Boden. Bilderberg, ein Schloß in Holland, gab diesem Kreis internationaler Prominenz aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft den Namen. Auf Schloß Bilderberg fand im Mai 1954 das Gründungstreffen statt, auf dem Prinz Bernhard der Niederlande den Vorsitz der geheimnisvollen Gruppe einflußreicher Männer der westlichen Welt übernahm. In Barbizon in Frankreich traf man sich zum zweiten, in Garmisch zum dritten Male, und es soll nicht die letzte Zusammenkunft gewesen sein.

Die Konferenzen des Prinzen Bernhard sind der bisher erfolgreichste Versuch, eine Elite zum Erfahrungsaustausch zu versammeln, weil man bei diesen Meetings auf jede diplomatische Konvention verzichtet. Sie sind letztlich eine Art "Verschwörung" potenter Figuren aus der internationalen Hochfinanz, der Industrie und der Politik gegen die Gefahren engstirniger, auf einseitiger Information fußender Kabinettpolitik.

Hauptthemen der Garmischer Konferenz, zu denen geladene Experten die Debattegrundlagen lieferten, waren:

- Möglichkeiten wirksamer westlicher Hilfestellung bei der deutschen Wiedervereinigung.
- Wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft, ohne zugleich die neuerworbene Energie rückhaltlos privaten Interessen auszuliefern.
- Die tödlichen Aspekte eines Atomkrieges in Europa und politische Maßnahmen zu seiner Verhinderung.

Carlo Schmid hielt eine glänzende Rede über die Moskau-Reise der Bonner Delegation und tauschte seine Erfahrungen mit Engländern aus, die im Sommer die Sowjet-Union besucht hatten. Nato-Chef Gruenther mußte ein mehrstündiges Trommelfeuer von Fragen über sich niedergehen lassen, behauptete sich in der lebhaften Diskussion aber glänzend.

In diesem Rahmen konnten auch ungeniert Fragen erörtert werden, die in offiziellen diplomatischen Verhandlungen tabu sind, wie etwa die: ob eine westdeutsche Regierung es vor dem eigenen Volk, besonders aber vor ihren westlichen Verbündeten auf sich nehmen könnte, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, wenn durch ein so schwerwiegendes Opfer die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht werden würde.

Die Teilnehmer der Tagung achteten peinlich darauf, daß auf den Konferenztischen auch nicht die kürzeste Notiz liegenblieb, wenn sie den Sitzungssaal verließen.

Als Bayerns Ministerpräsident Hoegner seinem Unmut darüber Luft machte, daß man ihm von all diesen Dingen nichts gesagt hatte, verabschiedete sich auf dem Flugplatz München-Riem vor dem niederländischen Regierungsflugzeug Prinz Bernhard der Niederlande schon wieder von Paul Rijkens, dem früheren Präsidenten des Unilever-Konzerns, und von dem früheren holländischen Außenminister van Kleffens, der sein Land heute als Botschafter in Portugal vertritt und der als einer der geistigen Initiatoren des Treffens gilt.<<

09.10.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Oktober 1955 über die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen: >>>Letzte Kriegsgefangene kehren heim

... Nach mehr als 10 Jahren Trennung und quälender Ungewißheit haben sie einander endlich wieder. Frauen ihre Männer, Eltern ihre Söhne, Kinder ihre Väter, die sie oft zum ersten Mal in ihrem Leben sehen.

Ergreifende Szenen spielen sich bei der Ankunft der 600 deutschen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft im niedersächsischen Friedland ab.

Sie gehören zu den ersten der letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen und 20.000 Zivilinternierten, die aus den Lagern jenseits von Ural und Polarkreis zurückkehren. Die meisten von ihnen wurden von sowjetischen Schnellgerichten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, aber auch wegen unterstellter Spionage oder antisowjetischer Hetze zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Möglich geworden ist die Rückkehr der Männer durch den Besuch Konrad Adenauers im Kreml. ... Bonn will die Rückkehr der Gefangenen. Moskau hat ein Interesse an den Aufnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Bundesrepublik, um damit die Existenz zweier deutscher Staaten als gegeben festzuschreiben. ...<<

10.10.1955

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. Oktober 1955 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/138): >>10. Oktober 1955. ... Der erste große Heimkehrertransport, als Auftakt der letzten Entlassungsaktion aus sowjetischen Gefangenenlagern, traf gestern ein. 602 Heimkehrer feierten ein stürmisches Wiedersehen mit der Heimat. Insgesamt werden noch mindestens 9.626 Kriegsgefangene erwartet. Diese Zahl ist jedenfalls von der sowjetischen Regierung amtlich mitgeteilt worden.

... Alle Wochenschauen, Hunderte von Bildberichterstatern und Sonderkorrespondenten der größten Zeitungen des In- und Auslandes sind im Lager angekommen, um das größte Ereignis in Wort und Bild festzuhalten. ...

Friedland steht seit gestern im Mittelpunkt des Weltinteresses. Die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener ist plötzlich eine hochpolitische Angelegenheit geworden.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schreibt später über den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x130/311-312): >>Gegen Ende des Jahres 1945 war mit etwa 1,3 Millionen die größte Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion erreicht, die zur Arbeit eingesetzt waren. Die große Masse der Überlebenden wurde um die Wende 1949/50 in die Heimat entlassen, doch wurde ein Rest wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt und zurückgehalten, von denen über 27.000 weiter im Arbeitseinsatz blieben.

Von ihnen wurde der größte Teil um die Jahreswende 1953/54 entlassen, so daß nunmehr noch etwa 10.000 zur Arbeit gezwungen wurden. Ende 1955 kamen auch sie endlich nach Hause. Ein Arbeitseinsatz erfolgte bis zum Jahre 1955 einschließlich.

Es ergibt sich, daß von den deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand mindestens 10.338.997.136 Arbeitsstunden erbracht wurden. Es muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es sich um absolute Mindestzahlen handelt. ...<<